

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff  
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 173

Mittwoch den 30. Juli 1919

78. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

Der nachstehende 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.

Wilsdruff, am 26. Juli 1919.

Der Stadtrat.

### I. Nachtrag

Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915.

1.

§ 2 wird angefügt:

§ 2a.

Die Steuerpflicht beginnt bei einem Einkommen von über 950 Mark.

Auf das Jahr 1919 hat die Erhebung der Gemeindeeinkommensteuer von Klasse 21 ab unter Anwendung der nach § 3 des Finanzgesetzes vom 21. Mai 1918 eingeführten Staatseinkommensteuerschläge zu erfolgen.

2.

§ 7 wird aufgehoben; an seiner Stelle gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Oktober 1916.

3.

§ 11 wird mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab wie folgt geändert:

Von dem durch Steuern zu deckenden Gesamtbedarf sind mindestens 7 1/2% durch Grundsteuer aufzubringen.

Die Grundsteuer wird im Wege gleichmäßiger Zuschläge zur Staatsgrundsteuer erhoben. Der auf die Staatsgrundsteuereinheit entfallende Steuerfuß wird alljährlich durch den Haushaltsplan bestimmt.

Die Grundsteuer ist je zur Hälfte am 15. April und 15. November jedes Jahres zu zahlen.

Wilsdruff, am 5. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Rügel,

Bürgermeister.

(L. S.)

Die Stadtverordneten.

Oberlehrer Kantor Hengstl,

1. Vorsteher.

(L. S.)

779 a II

Der vorstehende 1. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 ist von der Kreishauptmannschaft mit dem Kreisaußschuß genehmigt worden. Das Ministerium des Innern hat Befreiung von den entgegenstehenden Bestimmungen in § 34 des Gemeindesteuergesetzes erteilt.

Dresden, am 8. Juli 1919.

Die Kreishauptmannschaft.

Dr. Weißwange.

Knechtel.

(L. S.)

Für den von Unterkorsdorf verzoogenen Gutsbesitzer Eduard Menzel ist der Gutsbesitzer Rudolf Gotthardt Klossche in Unterkorsdorf als Ortsrichter für Unterkorsdorf in Pflicht genommen worden.

V Reg. 120a 19.

Wilsdruff, am 26. Juli 1919.

Amtsgericht Wilsdruff.

Mittwoch den 30. Juli vormittags von 9-1 Uhr werden im städtischen Verwaltungsgebäude - Zimmer Nr. 2

## Brotzuschlagsmarken für die Getreideernte

ausgegeben.

Anspruch haben alle diejenigen schulentlassenen männlichen und weiblichen Personen (Seldbesitzer und Nachseldbesitzer), die sich an den Getreideerntearbeiten persönlich körperlich schwer betätigen.

Wilsdruff, am 29. Juli 1919.

Stadtrat Wilsdruff.

## Kesselsdorf

### Fleischversorgung.

Neuanmeldungen zu den Kundenlisten der Fleischer können künftig auch mündlich geschehen.

Kesselsdorf, am 28. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

# Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Wie aus englischen Kreisen verlautet, war die Entente zu Wiederverhandlungen bereit, falls Deutschland den Friedensvertrag ablehnt hätte.

Der italienische Senat erteilte dem neuen Kabinett Ritti ein einstimmiges Vertrauensvotum.

Die Entente hat ein neues Ultimatum an Ungarn geschickt und fordert den Rücktritt der Räteregierung.

Präsident Poincaré wird für die nächste Präsidentschaftswahl nicht mehr kandidieren.

Die österreichische Friedensdelegation hat die Entente um Verlängerung der Frist zur Prüfung des Friedensvertrages gebeten.

Die Entente beabsichtigt, auch die Warnemünder Fährschiffe zu beschlagnahmen.

## Geöffnete Schränke.

Die Schränke sind geöffnet, und wie eine Springflut erheben sich nun die Enthüllungen, die Beschuldigungen und Anklagen über die deutsche Öffentlichkeit. Dem unbestimmtesten Fiktionärer könnte angst und bange werden im Angesicht der furchtbaren Leidenschafflichkeit, die hier alle Dämme zu überfließen droht, weil er noch nicht zu übersehen vermag, ob die Verwicklungen, die sie anrichten muß, nicht das größere Übel darstellen werden gegenüber der Ermittlung geschichtlicher Wahrheit, um die es den Hauptakteuren, wie sie wenigstens versichern, ausschließlich zu tun ist. Aber es sind ganz elementare Kräfte, die mit der Erzbergerrede vom vorigen Freitag entsetzt worden sind; sie zu bändigen dürfte jetzt schwerlich noch einem Sterblichen gelingen.

Allen Gegnern des streitbaren Reichsfinanzministers voran kommt sein Vorgänger, Herr Dr. Helfferich. Ihm schließt es nach Erzbergers Kopf, und der Zweikampf zwischen diesen beiden wird auch wirklich nicht eher zur Ruhe kommen, als bis einer von ihnen auf der Strecke liegen sieht. Mit scharfem Blick erkennt er die schwache Stelle in den Enthüllungen: das Telegramm der englischen Regierung an den Vatikan, das uns bisher nicht mitgeteilt worden ist; es soll erst nach eingeholter Zustimmung des Reiches veröffentlicht werden. Helfferich stellt fest, daß wir es hier durchaus nicht etwa mit einem Schritt aus der Initiative der britischen Regierung zu tun hatten, das vielmehr nichts weiter vorlag als die Londoner Antwort auf die bekannte Friedensnote des Papstes vom 2. August 1917; daß ferner alle Umstände dafür sprechen, daß diese Antwort für uns ebenso unbedeutend war wie die englische

Erwidrerung der Wilsonschen Friedensnote vom Dezember 1916, über die in ganz Deutschland nicht die geringste Meinungsverschiedenheit obwaltete. Im Grunde wollte nur der Papst der Sache des Friedens dadurch dienen, daß er die Reichsleitung zu einer klaren Äußerung über Belgien zu bestimmen suchte. Darauf wurde auch im Kronrat vom 11. September in dem Sinne Entscheidung getroffen, daß die Unabhängigkeit Belgiens gewahrt bleiben und seine Wiederherstellung ausgesetzt werden sollte, aber von diesen Entschlüssen sofort den Papst oder gar unsere Feinde zu verständigen, wurde nicht für ratsam gehalten - aus den von Dr. Michaelis jetzt ganz offen bekannnten Gründen. Man wollte - und man mußte wohl auch - durch einen eigenen Vertrauensmann feststellen, ob in England wirklich ein Verhandlungswille vorhanden war, und da diese Prüfung ein negatives Ergebnis hatte, mußte die Angelegenheit für unsere Diplomatie als erledigt gelten.

Soweit Herr Dr. Helfferich. Wenn es nach ihm geht, bleibt also von dem Verdrehen gegen das deutsche Volk, dessen Erzberger die Regierung vom Sommer 1917 beschuldigte, nicht viel oder eigentlich gar nichts übrig. Es kommt hinzu, daß er selbst, woran jetzt von anderer Seite erinnert wird, im Hauptausschuß des Reichstags am 22. September 1917 diese Regierung gegenüber Angriffen von unabhängig-sozialdemokratischer Seite auf das lebhafteste verteidigt und runderaus erklärt hat, wer ihr Verhalten nicht verziehe, dem fehle das A B C der Politik. Ihr Verhalten - damit war gemeint, daß sie sich in ihrer Antwort auf die Friedensnote des Papstes absichtlich in unverbindlichen Allgemeinheiten bewegte und einer präzisen Stellungnahme zur belgischen Frage in vollem Bewußtsein dessen, was sie tat, aus dem Wege ging. Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten, sagte damals Herr Erzberger, der doch an diesem Tage von dem Schreiben des Runkius Jacelli an den Reichskanzler schon Kenntnis hatte, ja der anerkennend sogar der einzige Mann war, dem dieses vertrauliche Aktenstück gegen oder ohne den Willen der deutschen Regierung zur Kenntnis gekommen war. Denn wie schon General Ludendorff, erklärt jetzt auch der Abg. Dankmann, daß weder der damalige Vertrauensauschuß der Reichstagsparteien noch der Vizekanzler v. Payer von der Regierung in dieser Sache unterrichtet worden war - nur Herr Erzberger hatte auf anderem Wege Wind bekommen und trotzdem warm für Michaelis und Rühlmann eingetreten, während er heute am liebsten dem Genex überliefert leben möchte. Das sind Widersprüche, die zweifellos dringender weiterer Klärung bedürfen.

Aber auch Graf Bedel, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Wien, lacht nicht locker. Er beharrt dabei, daß Erzberger auf Verlangen des Grafen Czernin, nicht also auf Veranlassung des Herrn v. Bethmann Hollweg, nach Wien gegangen sei, um sich dort wegen des Gedrauschs, den er von dem Geheimbericht an Kaiser Karl gemacht hatte, zu rechtfertigen. Er deutet sich jetzt zum Beweise für diese Darstellung auf einen Brief des Grafen Czernin, in dem Erzberger glattweg der schmerzlichen Indiskretion beschuldigt wird. Er wäre damals in Wien ganz vernünftig gewesen und habe seinen kolossalen Fehler eingesehen. Darüber beständen noch andere Dokumente, was Erzberger bedenken sollte. Graf Czernin selbst stellt in Wiener Blättern fest, daß Erzberger in Weimar kein erschöpfendes Bild der Vorgänge gegeben habe. Im April 1917 habe in der Tat begründete Hoffnung bestanden, wenn auch mit Opfern zum Frieden zu gelangen, aber sein Geheimbericht sei von einer nicht verantwortlichen Seite hinter dem Rücken des Grafen an Erzberger gelangt, durch dessen weiteres Vorgehen er zur Kenntnis unserer Gegner gelangte. Die Folgen verstanden sich darauf von selbst - jetzt haben die Weltmächte, daß sie mit uns nicht mehr zu verhandeln brauchen. Graf Czernin ist auch heute noch bundesfreundlicher genug, um Herrn Erzberger den guten Glauben auszusprechen, da er annehmen dürfte, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln. Wer damit gemeint ist, ergibt seine Schlußbemerkung über die „unverantwortliche Nebenpolitik“, deren Umfang ihn, als er sie entdeckte, zum Rücktritt veranlaßt habe. Der Wiener Hof ist es also, der hier in letzter Linie als der schuldige Teil hingestellt wird.

Nur Herr v. Rühlmann hält vorläufig noch zurück; er fühlt sich noch, wie es unter dem Kaiserreich Sitte und Pflicht war, durch die Amtsoberschwelgen gebunden und wortet ab, ob er von ihr durch die zwickelnde Stelle entbunden werden wird. Aber auch er ist nach Berlin geeilt, wohl in dem Gefühl, daß jeder Tag hier keine Anwesenheit nötig machen könnte. So sind die Burien im Rollen - es wird um Adrie gespielt, die dem Staatsgerichtshof ausgeliefert werden sollen, mit denen zugleich aber auch manche Nachpostion fallen könnte, die heute noch mit dem Aufgebot gewalttätiger Anstrengungen gehalten wird. Der Krieg geht weiter - der Krieg im Innern. Und es scheint, daß es auch hier nur Sieger und Besiegte geben, daß kein Verhandlungsfriede uns aus den tausend Angsten dieses mörderischen Druckerkampfes befreien soll.

# Deutsche Nationalversammlung.

(28. Sitzung.) Weimar, 28. Juli.  
Die große politische Aussprache, die in voriger Woche mit den Erklärungen der Reichsregierung begann, wurde heute fortgesetzt.  
Reichsminister des Innern Dr. David begründete mit einer längeren Einführungsbild die Vorlage über die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes

und wendet sich gegen die von der rechten Seite des Hauses erhobenen Einwände. Er teilt mit, die Regierung beabsichtige, alle Dokumente in Bezug auf den Waffenstillstand und den Kriegsausbruch in nächster Zeit an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Regierung liegt einzig und allein an Wahrheit und Gerechtigkeit. Der Staatsgerichtshof bilde auch einen Schutz gegen die einseitige Funktion eines Ententesgerichtshofes, bei dem deren Vertreter Ankläger und Richter zugleich sein würden.

Hr. Gothein (Dem.) rekrutiert sich noch einmal das „Unannehmliche“ seiner Fraktion gegenüber dem Friedensvertrag. Dem Abg. v. Graefe gegenüber betont er die Fabrikfähigkeit, die sich Dr. Michaelis mindestens habe zuschulden kommen lassen. Solche Fehler seien von den neuen Männern nicht zu erwarten, trotz aller Mängel, die dem jetzigen System anhaften mögen. Der Redner verlangt die Vorlegung der Note Englands an den Papst und erklärt unter dem Vorbehalt der Mehrheit des Hauses, die Antwort des Reichskanzlers Dr. Michaelis sei derartig ausweichend und nichtigend gewesen, daß der Satz darauf zuträfe: „Man spricht vorgeblich viel, um zu versagen, der andre hört von allem nur das Reine.“

## Wiederaufnahme des Verkehrs mit Polen.

Berlin, 28. Juli.  
Die Polen befinden sich zurzeit unter außerordentlich schwerem wirtschaftlichen Druck und zeigen starke Sehnsucht nach der Wiederaufnahme des Verkehrs mit Deutschland. Besonders liegt ihnen an der Wiederherstellung des Güterverkehrs. Es haben in letzter Zeit Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Behörden an verschiedenen Übergangsstellen und in der Stadt Posen stattgefunden, an denen Vertreter der militärischen Stellen und der Eisenbahnbehörden teilgenommen haben. Der Wunsch ging dahin, den Güterverkehr möglichst sofort wieder zu eröffnen. Dies sollte für die nördlichen Strecken der Provinz Posen bereits am 26. Juli geschehen, während für die Strecken zwischen Schlesien und Polen der 28. Juli in Aussicht genommen war, falls bis zu diesem Zeitpunkt die Wiederherstellung der Leitungen erfolgt sein sollte. Da die Polen bereits bei den Wiederherstellungsarbeiten waren, erscheint die baldige Wiederaufnahme des Verkehrs jedenfalls als technisch möglich. Der Personenverkehr soll dann auch bald wieder eröffnet werden. Es dürfte sich noch um die Frist von einigen Tagen nach der Wiederaufnahme des Güterverkehrs handeln. Und zwar soll diesmal der Verkehr nicht etwa nur über die Übergangsstelle Kreuz erfolgen, die nach der Besetzung der Provinz Posen durch die Polen allein offen geblieben war, bis Mitte Mai jeglicher Verkehr aufhörte, sondern der Verkehr soll dann auf allen Strecken zwischen Deutschland und der Provinz Posen gleichmäßig wieder in Gang kommen. Ebenso soll der Postverkehr wieder aufgenommen werden.

## 15 Minuten zu früh.

Die Entente im letzten Augenblick zum Nachgeben bereit.  
Genf, 28. Juli.  
Von wohlunterrichteter englischer Seite werden Aufsehen erregende Mitteilungen über die Stimmung gemacht, die im Vierzerrat an dem Tage herrsche, den man Deutschland als letzte Frist für die Unterzeichnung des Friedens gestellt hatte. Danach hatte sich damals der Vierzerrat um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen vier Uhr die Antwort immer noch nicht eingetroffen war, entspann sich eine allgemeine Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Mildeleistungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Vierzerrat, einige Mildeleistungen einzutreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auch auf die der mitangefangenen Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 25 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung be-

gonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, traf um 4 Uhr 40 Minuten die offizielle Mitteilung Deutschlands von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Abtendung der eben abgefaßten Depesche hinfallen wurde.

## Erweiterte Umsatz- und Zugssteuer.

Die Kleinhandelssteuer.  
Weimar, 28. Juli.  
Der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes steht erkend eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,5 auf 1 % vor. Zweitens ist eine Kleinhandelssteuer dadurch geschaffen, daß sich die Umsatzsteuer auf 5 % des Einzugs erhöht, bei der im Kleinhandel erfolgenden Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind. Drittens wird die Zugssteuer auf 10 % festgesetzt für alle Gegenstände, die nach einer besonderen Liste den notwendigen Bedarf des Haushalts überschreiten. Diese Umsatzsteuer ist eine Verbrauchssteuer größten Stils, durch die in Verbindung mit den direkten Steuern verbracht werden soll, das Milliardendefizit des Reiches zu überwinden.

## Zoch als Vater der Rheinrepublik.

Das Hinterland der Brückenköpfe.  
Paris, 28. Juli.  
In der Friedenskommission der Kammer wurden ausführliche Mitteilungen über den Bericht von Marschall Zoch in der Friedenskonferenz gemacht. Aus diesem Bericht geht hervor, daß Zoch der Urheber des Planes zur Schaffung einer rheinischen Republik ist, die er als Hinterland für die von ihm geplanten rheinischen Brückenköpfe unbedingt zu brauchen erklärte. Clemenceau hat diesen Plan bis zuletzt unterstützt, sich aber schließlich dem entgegenstehenden Widerspruch Wilsons und Lloyd Georges beugen müssen. Der Deputierte Franklin Bouillon und mit ihm eine Mehrheit der Kommission machen der Regierung aus diesem Zurückweichen einen Vorwurf. Jetzt wird Clemenceau noch einmal vor der Kammer ein Vertrauensvotum verlangen müssen, und es könnte leicht sein, daß er sich dabei einer sehr gemäßigten Gegenreaktion gegenüber sieht, die vielleicht eine Mehrheit gegen ihn werden könnte.

## Unverwendbare amerikanische Giftgase

In die See versenkt.  
Am der Krieg vorbei ist, räumen auch die fremden Nationen mit ihren Kriegsvorbereitungen auf. Unbrauchbare Dinge kommen dabei zum Vorschein und werden in aller Unschuld öffentlich behandelt. Maßnahmen, von denen es schade wäre, wenn sie im Orange der auf uns losenden Not so gänzlich unbemerkt blieben sollten.  
Man entnimmt sich der großen Enttäuschung, mit denen Engländer und Amerikaner während des Krieges die Nachrichten von den deutschen Giftgasen in alle Welt hinanspuckten, obwohl längst bekannt war, daß die Verwendung giftiger Gase einer der ersten Punkte war, die auf dem englischen Kriegsprogramm standen. Von der Beteiligung der amerikanischen Industrie an der Fabrikation giftiger Gase zu Kriegszwecken hat man fast gar nichts gehört. Jetzt erfahren wir mit einem Male, daß ungeheure Mengen solcher Gase übriggeblieben und aus Frankreich nach Amerika zurücktransportiert worden sind. Diese Gase waren dazu bestimmt, bei der großen Offensive im Frühjahr 1919 in Wirksamkeit zu treten. Nun war der Waffenstillstand und später der Friedensschluß dazwischen gekommen.  
Es waren nicht weniger als 200 000 mit Giftgasen gefüllte Granaten und eine große Anzahl von metallenen Ballons, aus denen das Gas später in Granaten übergefüllt werden sollte. Sie konnten nun in Frankreich nicht mehr verwendet werden und gingen nach Amerika zurück. Diese Gase waren zu jeder industriellen und sonstigen nützlichen Verwendung vollständig unbrauchbar. Wohin damit? Auf dem Lande konnte man sie nicht behalten, denn da hätten sie unfassbares Unglück anrichten können. Also beschloß man, sie auf denselben Schiffen, die sie gebracht hatten, wieder hinaus auf die See zu fahren und dort die Bomben und giftgefüllten Gefäße über Bord zu werfen. Die Versenkung erfolgte auf hoher See, etwa 80 bis 100 Meilen von der Küste entfernt, in der Gegend des großen Hafens von Baltimore. Die See ist dort 1500 Fuß tief, und Generalmajor Sibert,

Chef der Abteilung für chemische Kriegsführung (Chemical Warfare Service), war der Ansicht, daß die Bomben dort die Schifffahrt nicht hindern, und daß die Gase, selbst wenn sie später entweichen sollten, infolge der großen Entfernung vom Lande nicht schaden würden. An die Schiffe, die etwa zur Zeit einer solchen Katastrophe in der Nähe sein könnten, und an die Vermüdung der Fischeret durch die freierwährenden Giftgase hat offenbar kein Mensch gedacht. Diese 200 000 Granaten, die vor Baltimore versenkt wurden, stellen indessen nur die erste Rate dar. Es sind noch gewaltige Massen von Gasballons vorrätig, die allmählich beiseite geräumt werden müssen. Verschiedene sind schon von selbst leer geworden, und das Gas strömt in die Atmosphäre.

Die amerikanischen Giftgas-Lieferungen nach Frankreich haben im Juni 1918 begonnen. Es waren 15 Tonnen sogenanntes Senfgas, 705 Tonnen Chlor-Bisnitro-Gas und 48 Tonnen sogenanntes Phosgen, ein Gas, das zu 80 % aus Chlor besteht. Amerika wollte noch mehr schicken, aber Frankreich hatte nicht genug leere Granaten, um das Gas hineinzufüllen. Später kamen dann größere Lieferungen, im ganzen 3862 Tonnen Gas, genügend, um 1 600 000 Granaten damit zu füllen, ganz abgesehen von den Mengen gefüllter Granaten, die gleich in gebrauchsfertigen Zustände nach Frankreich gebracht wurden, so am 7. August 25 000 Granaten, am 9. August 50 000 Granaten usw. Die hauptsächlichste Verwendung dieser Kriegsmaterialien war, wie erwähnt, für das Frühjahr 1919 in Aussicht genommen.

Die amerikanische Industrie hatte sich in gewaltigem Maßstabe für die Belieferung der Alliierten mit allem Kriegsmaterial eingestellt, und zwar gleich zu Anfang des Krieges. Vergeblich sucht man in den amerikanischen Berichten, die über diese Lieferungen handeln, ein Wort der Mißbilligung oder irgendwelche Bedenken. Auch die Art und Weise, wie jetzt diese Gase aus der Welt geschafft werden, findet man offenbar in Amerika nur natürlich.

## Politische Rundschau.

Unmittelbare deutsch-polnische Verhandlungen.  
Die Entente hat den Vorkurs der Antwort auf die deutsche Note bezüglich Ausführung des Friedensabkommens an der deutschen Ostgrenze, in der verlangt wird, daß zwischen deutschen und polnischen Vertretern in direkte Verhandlungen eingetreten wird, genehmigt. In dieser Antwort wird die Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete festgesetzt und ferner die Aufgabe der alliierten Kommission, welche die Ausführung der Volksabstimmung in Oberschlesien kontrollieren soll.

Das deutsche Privatvermögen in Belgien.  
Die belgische Regierung hat nach Berlin mitteilen lassen, daß in Erwartung der Aufhebung der Besatzungsmaßnahmen erteilt worden sind, damit die deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ermächtigt werden, mit ihren Zwangsverwaltern zu korrespondieren.

Die feindliche Besatzungsdarmee im Rheingebiet soll nach den neuesten Pariser Meldungen 150 000 Mann betragen. Davon entfallen auf die Amerikaner und Engländer je 80 000 Mann, die Belgier 15 000 Mann und die Franzosen 75 000 Mann. Dieses Abkommen werde bis zum Monat Oktober oder November Gültigkeit haben.

Englische Kontrolle unserer Luftschifffahrt.  
Das britische Ministerium für Luftschifffahrt beabsichtigt eine Mission nach Deutschland zu entsenden, die dafür sorgen soll, daß die Luftschifffahrt betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages von der deutschen Regierung vorläufig durchgeführt werden.

Verkauf deutscher Schiffe.  
Auf Ansuchen der chilenischen Regierung hat das Gericht den Verkauf der deutschen Schiffe befohlen, die bei dem jüngsten Sturm auf die Küste gelandet waren. Das Urteil um Kauf wurde von dem chilenischen Minister des Äußeren eingereicht, dem der englische Gesandte mitteilte, daß das Eigentum der Schiffe in den Bedingungen des Friedensvertrages festgesetzt worden sei. Jetzt beschloß der Richter, auf Eruchen deutscher Untertanen, den Verkauf unter der Bedingung zu bewilligen, daß der Ertrag beim Gericht hinterlegt bleibe, bis der Verkauf über das Eigentumsrecht über die Schiffe, deren Wert auf 100 000 Pfund Sterling geschätzt wird, gefallen sei.

## Das Mädchen von Athen.

Roman von William Black.  
Genehmigte Uebersetzung aus dem Englischen.  
1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie drach ab, denn in diesem Augenblick erhob sich alles vom Tisch.  
Die großen französischen Fensterläden am Ende des langen Zimmers, die über eine kleine Balconade in den Garten führten, waren weit geöffnet; und dem Auge bot sich eine Art Feenland: die dunklen Bäume und Büsche waren alle mit farbigen chinesischen Laternen behängt, während an den offenen Plätzen elektrisches Licht strahlende Helle verbreitete. Miß Georgie bestreute meinte, daß die kühle Luft draußen der Hitze hier innen vorzuziehen sei, und Frank Gordon stimmte bereitwillig zu. Sie ging daher hinein und holte sich einen Speisensaal, den sie um den Kopf wand — ein zartes Gewebe, das weder den einheitlichen Eindruck ihres cremefarbenen Brotsäckchens fürte, noch ihre besonders hübsche venezianische Halskette von Goldfiligran und matten Korallen verbergte. Dann gingen die beiden in den Garten hinunter und wanderten in den Boulevards umher, während die ungarische Kapelle bei dem bläulichweißen Schein des elektrischen Lichtes einsame Melodie spielte.

Miß Georgie war in sehr übermühtiger Stimmung, als sie durch die beleuchteten Wege wanderten. Sie sprach in einem fort; unter anderem erzählte sie ihm von dem Damenklub Hypatia in der Suffolk Street, wo es sehr interessant zugehen sollte.  
„Die Hypatia, was ist das für ein Klub?“  
„Ach, für Schriftstellerinnen, Uebersetzerinnen, weibliche Journalisten usw., ziemlich moderner Richtung, etwas emanzipiert, wissen Sie. Sie wollten ihn zuerst den Forwardklub nennen, aber dann meinten sie, daß der Name falsch aufgefaßt werden könnte — Forward bedeutet ja nicht bloß vorwärts, sondern auch für-bis.“  
„Nun, Hypatia ist ein sehr hübscher Name,“ antwortete er vorsichtig. „Aber Sie sind selbst Mitglied, nicht wahr?“

„Ach, es ist nicht so schwer, Aufnahme zu finden, wenn man eine Bekannte im Ausschuss hat. Ich gehe nur zum Spaß hin. Manchmal ist es sehr lustig, besonders die Abende, wo Diskussionen sind. Kommen Sie doch einmal hin und trinken Sie dort eine Tasse Tee. Gerade morgen nachmittag nehmen wir Besuche an; Sie treffen Lady Adela dort und Sibyl und Rosamund.“  
„Es ist sehr freundlich von Ihnen; es würde mir ein besonderes Vergnügen sein,“ antwortete er bereitwillig und erkundigte sich zugleich nach der Straßennummer.  
Die Gänge hatten sich allmählich mit Menschen gefüllt, die alle die erquickende Abendluft genießen wollten, und Georgina legte ihre Hand in Gordons Arm und bat ihn, sie jetzt in den Salon zurückzuführen. Lady Adela konnte sonst vielleicht ihre lange Abwesenheit Abel bemerken, überdies wollte sie noch gern etwas von den hohen Herrschaften im Salon sehen und hören.

Zwischen zwei und drei Uhr des Morgens machte sich Frank Gordon auf den Weg nach seiner Wohnung in der Fernhurst Street. Aber wenn die reizende und gefällige junge Dame, die ihr Bestes getan hatte, um ihn gut zu unterhalten, sich nun vielleicht darüber freute, daß sie eine neue Eroberung gemacht hatte, so irrte sie sich diesmal wenigstens sicher. Während er durch die dunklen Parlanlagen schritt, dachte er an jemand ganz anders und verfolgte dessen vermutliche Wege auf den einsamen Höhen von Glenavon herum oder den Bindungen des silbernen Spech entlang, ohne zu ahnen, daß der alte Botaniker eine viel weitere Wanderung angetreten hatte und Briseis Balleri in London selbst war.

Sir Francis Gordon hatte wohl ungefähr ebenso viel Mut wie die meisten Menschen, aber trotzdem befolgte ihn ein leises Bangen, als er die Tür zum Hypatiaklub in der Suffolk Street öffnete und von weitem eine stattliche Anzahl weiblicher Gestalten erblickte. Zu seinem Trost war wenigstens ein Portier da, den er mit Freuden als Mann und Bruder erkannte; und innerlich segnete er den kleinen Pagenknecht, der ihn

Dut, Handschuhe und Spazierstock abnahm. „Nun, gerade im letzten Augenblick, als er fast schon umgedreht und entfliehen wollte, bemerkte er ein junges Mädchen auf der Treppe — sehr geschmackvoll in bisfaltenhene Seide gekleidet — und im selben Augenblick erkannte er, daß es Miß Georgie Bestrange war, die ihn in seiner Verwirrung anlachte. Der Kopf schielte die Treppe herab.  
„Sind Sie entschuldigt bange?“  
„Ja.“  
„Nun, kommen Sie, bitte, nur mit hinauf ins Erdgeschosszimmer. Sie besetzen wirklich nicht.“  
Sie führte ihn durch eine Reihe geräumiger Gemächer hindurch, bis er sich schließlich mitten in einer großen Versammlung modern gekleideter Damen befand, die sich, soweit er sehen konnte, in keiner Weise von den Leuten unterschieden, die man an einem Empfangstage gewöhnlich antrifft. Ueberdies beachteten sie ihn nicht im geringsten, da sie sich völlig von der Bedeutung eines wohlbekannten Schauspielers in Anwesenheit genommen waren, dessen wohlwollende, gänzlich Miene einen überwältigend komischen Eindruck machte. Allmählich, während Miß Georgie lebhaft auf ihn ein sprach, gewann Frank Gordon seine Fassung wieder.  
„Wann kommt nun das Schreckliche?“ sagte der junge Gordon.  
„Welches Schreckliche?“  
„Nun, ich war darauf vorbereitet, durch irgend etwas entsetzt zu werden. Und ich finde nichts; nur sehr hübsche Damen, die sehr gut gekleidet sind. Sie schickte hier niemals etwas, worüber ein Unerwarteter Purzelbäume schlagen möchte?“  
„Natürlich nicht! Was haben Sie eigentlich erwartet? Man ist hier gerade wie alle anderen Leute. Jetzt müssen Sie mitkommen und mit Lady Adela und Sibyl und Rosamund sprechen — ich sehe sie neben an — und wir wollen alle zusammen hinunter gehen und Tee trinken. Und wenn Sie diesen abscheulichen Fenster werfen wollten, würde ich Ihnen noch ein belegtes Brötchen als Zugabe geben.“

(Fortsetzung folgt.)

# Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

## Der neue deutsche Gesandte beim Vatikan.

Rom, 29. Juli. (tu.) Man erwartet in Italien als deutschen Gesandten und Bevollmächtigten beim Vatikan Herrn von Bergen, den früheren Personalreferenten im Auswärtigen Amt.

## Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland.

Lugano, 29. Juli. (tu.) Ein königlicher Erlass kündigt die bereits gemeldete Ermächtigung zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland an. Die Zwangsmaßnahmen gegen die feindlichen Staatsbürger, insbesondere Beschlagnahme kaufmännischer und industrieller Unternehmen, sind nicht aufgehoben.

## Ausfuhr nach Mexiko verboten.

Washington, 28. Juli. (tu.) Das Staatsministerium veröffentlicht eine Bekanntmachung, durch die die Ausfuhr nach Mexiko verboten wird.

## Geltung der Simultanschulen (beide Bekenntnisse gemeinsam).

Weimar, 28. Juli. (tu.) In den neuen Verhandlungen über den Schulkompromiß in der Reichsverfassung hat man jetzt im Einvernehmen mit dem einseitigen Kultusministerium eine neue Verständigungsgrundlage gefunden, der auch dann, wie man hofft, die Demokraten zustimmen könnten. Danach soll grundsätzlich überall die Simultanschule gelten. Nur wo der Wille der Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine besondere konfessionelle Schule wünscht, soll diesem Verlangen auf dem Wege der Landesgesetzgebung Rechnung getragen werden können.

## Dampferverbindung zwischen Hamburg und den nordamerikanischen Häfen.

Hamburg, 28. Juli. (tu.) Die Neugorcher Linie hat eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Hamburg und den nordamerikanischen Häfen eingerichtet. Wie die Hamburg-Amerika-Linie dazu mittelst, ist sie bereit, Anfragen über Fahrten usw. zu beantworten.

## Die Technik der Rasteneinbrecher.

(Weltgemäße Blaudeckel)

Wie aus den zahlreichen Vortragsberichten zu ersehen ist, vergeht fast kein Tag, ohne daß in dieser oder jener Stadt eine oder mehrere Rassen erbrochen und sehr namhafte Beträge und Wertgegenstände gestohlen werden. Der Rasteneinbruch ist in letzter Zeit eine Spezialität der gewiegten Einbrecher geworden, da er in der Regel einträglicher ist als jeder andere Einbruch, obwohl ja auch der Raub von Wäsche, Kleidern, Pelzen usw. für die Herren Gauner gewiß kein zu verachtendes Geschäft ist.

Die routinisierten Rasteneinbrecher, die nach wohl vorbereiteten Plänen in Amtskellern, Geschäftsbüros oder Wohnungen reicher Leute sich mit erstaunlicher Fertigkeit an die Öffnung der sogenannten einbruch- und lauerischeren Rassen machen, beweisen die höchste Vollendung der Rasteneinbrüche. Angesichts des Umstandes, daß selbst große Rassen und Geldschränke leicht erbrochen werden, ist vielfach die Meinung verbreitet, daß es überhaupt keine absolut einbruchsauren Rassen und Schränke gibt, wenn man von den erprobtesten Stahlpanzerkästen der Banken absteht. Dies trifft jedoch, wie uns der technische Leiter einer der größten Geldschrankfabriken mitteilt, nicht zu. Fachmännische Beschäftigungen der erbrochenen Rassen haben nämlich fast stets gezeigt, daß es sich um Rassen veralteter Konstruktion handelte, die mit primitiven Werkzeugen und verhältnismäßig wenig Mühe erbrochen werden konnten. Derartige Rassen werden zumeist auf die Weise geöffnet, daß der Einbrecher das Rastenschilder anhebt, den Schlüssel zurückdreht und dann die Tür aufmacht. Um dies zu verhindern, wurden seitens der Geldschrankfabrikanten die Schlüssel in ihrem ganzen Umfang mit einer gehärteten, unbohrbaren Stahlplatte versehen. Dieser Schlüssel muß genügt eine Zeitlang, bis die Herren Einbrecher durch ihre geniale Erfindung einer löcherartigen Hebelvorrichtung den Stahlpanzer umgehen. Infolge der Hebelwirkung des Instruments konnten sie mit geringer Anstrengung abseits vom Schlüssel ein Stück aus der Rastenscheibe herausheben und bequem den Inhalt der auf diese Weise geöffneten Rasse erhaschen.

Dieser Fortschritt der Einbrechertechnik wurde von den Fabrikanten dadurch weitgemacht, daß sie die Rastenscheiben bedeutend verstärkten, um das Anbohren und Aufreißen unmöglich zu machen. Außerdem wurden die Ränder nach allen Seiten mit unbohrbaren Panzerplatten geschützt. Diesen gepanzerten Rassen standen die Einbrecher lange Zeit machtlos gegenüber. Erst in neuerer Zeit wurde ihnen durch die Erfindung des Leinwand- und des Sauerstoffgebläses ein Mittel in die Hand gegeben, auch härtere Rassen erfolgreich anzugreifen. Es sollen natürlich hier nicht die Einzelheiten der Einbrechertechnik geschildert werden. Tatsache aber ist, daß in dem ständigen Kampf zwischen den sich aller Hilfsmittel bedienenden Geldschrankfabrikanten und den Geldschranktechnikern die letzteren durch die Erfindung der Schmelz- und Schmelzeisen-Rastenspanzerung gegenwärtig wieder die Oberhand gewonnen haben. Das alte Rastenschild und die Rastenscheibe im Hinblick auf die modernsten Mittel, deren sich die Einbrecher von heute bedienen, nicht viel sicherer sind als irgendein anderer, fester Rastenschild. Moderne Panzerkästen sind auf keinen Fall mit gewöhnlichen Bohren, Meißeln, Stemm- und Brecheisen zu öffnen und auch das Sauerstoffgebläse wird durch die aus einer feinsten Masse bestehenden feuer- und schmelzeisneren Armerung, die zwischen dem äußeren und inneren Rastenschild eingefügt und beliebig verstärkt werden kann, unwirksam gemacht. Ein Einbruchversuch an einer derart stark armierten Rasse würde nicht nur ungewöhnlich große Vorbereitungen voraussetzen, sondern auch ganz enorme Mengen von Sauerstoff beanspruchen. Diese Umstände allein lassen daher die Öffnung einer Schmelz- und schmelzeisneren Stahlpanzerkastens unmöglich erscheinen. Sagen die Techniker!

Man wird nun abwarten müssen, ob die Einbrecher nicht auch diese hochmoderne Art von Rassen und Geldschränken, die den neuesten Triumphe der Rastentechnik darstellen, bezwingen. Bei dem Fleiß, mit dem sie alle technischen Hilfsmittel und die einschlägigen wissenschaftlichen Werke studieren, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sie den Beweis, daß es tatsächlich keine absolut einbruchsauren Rassen gibt, nicht allzu lange schuldig bleiben.

# Die Geschichte der Kriegsbeschädigtenfürsorge

Von ihren Anfängen bis auf unsere Zeit.

Unter dem Titel: „Die Schätzung der Erwerbsunfähigkeit Kriegsbeschädigter“ hat der österreichische Volkswirtschaftler Adolf Deutsch eine sehr inhaltsreiche Schrift erscheinen lassen, die u. a. eine historische Darstellung der Invalidenrente enthält.

Im Altertum gab es, wie wir dem anregenden Buchlein entnehmen, ursprünglich keinerlei Maßnahmen, die das Dasein von Kriegsbeschädigten zu erleichtern geeignet waren. Erst die Verfassung, die Solon den Athenern gab, traf Anordnungen für materielle Entschädigung der Invaliden und sah auch schon Invalidenhäuser vor. Sollten doch die Invaliden auf Staatskosten im „Prutaneum“, dem Stadthaus, in dem der geschäftsführende Ausschuss des Rates tagte, gespeist werden. Auch der Invalidenfürer ist schon von Solon gedacht worden; Vollwaisen wurden auf Staatskosten erzogen. Als Hippodamos von Milet um die Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. den Vorschlag machte, die Kinder von Kriegesgefallenen auf Staatskosten zu erziehen, sprach Aristoteles seinem Vorschlage das Verdienst der Originalität ab. Zur Römerzeit gründete Scipio der Ältere nach den Feldzügen in Spanien (209 bis 206 v. Chr.) eine Kolonie für seine Invaliden (Italica), und Pompeius errichtete eine ähnliche Veteranenkolonie in Kleinasien (Nisopolis). Auch manche Städte am Rhein, deren Gründung auf die Römer zurückzuführen ist, waren ursprünglich Veteranenkolonien.

Der mazedonische König Alexander der Große hat einzelnen Invaliden schon recht erhebliche Summen gegeben. In der Zeit der römischen Kaiser wurde ihnen schon Zins- und Steuerfreiheit gewährt und es wurden ihnen Acker, Saatkorn und Kulturland unentgeltlich zugewiesen. Das erste bedeutendere Invalidenhaus gründete der griechische Kaiser Alexius Komnenus (1090). Während der Völkerwanderung, der Kreuzzüge und all der Schladten des Mittelalters waren keinerlei Fürsorgemaßnahmen für die Invaliden vorgesehen; nur ärztliche Behandlung wurde ihnen zuteil in Krankenhäusern, zum Beispiel in Byzanz, wo Kaiser Konstantin auch ein Krüppelheim gründete, und in großen Handelsstädten, besonders an der Küste Italiens. Die Ritterorden, die oft Gräber von Soldatengräbern waren, und die Klöster nahmen sich zumeist der Verkrüppelten und Siedeln an und versorgten sie als Pfortner, Laienbrüder und dergleichen.

Die erste neuzeitliche Mitteilung über Organisation des Sanitätswesens bei einer deutschen Armee fällt in das Ende des 15. und in den Beginn des 16. Jahrhunderts zur Zeit Kaiser Maximilian I. Das Sanitätswesen, das ja so sehr mit der Kranten- und Invalidenfürsorge zusammenhängt, ist dann unter Kaiser Karl V. weiter ausgebaut worden. Das erste Feldlazarett hat Kaiser Rudolf II. errichtet (1594). Die erste urkundliche Gründung eines Spitals in Deutschland stammt von Moritz von Oranien (1587), der auch seinen Invaliden eine einmalige Entschädigung auszahlte; später kam ein jährliches „Leibgehalt“ auf. Erst im 17. Jahrhundert sicherte ein Erlass des Großen Kurfürsten den Invaliden die Stellungskosten zu und den „Quadranten“ (1/4 Taler) monatlich. In der Kriegesepoche des Prinzen Eugen zu Ende des 17. Jahrhunderts, der sich um die Gesundheit seiner Armee sehr kümmerte, sind schon Krankenwärter aus dem Stabe der Truppe, später der invaliden Mannschaft, zum Sanitätsdienst kommandiert worden. Dieser Umstand war für den Transport und die Versorgung von Verwundeten und Kranken von großer Bedeutung.

Die erhebliche Anzahl Verkrüppelter aus den Türkenkriegen zu Ende des 17. Jahrhunderts veranlaßte Staat und Gesellschaft, für die Opfer des Krieges größere Sorgfalt aufzuwenden. Die erste große materielle Aktion für Kriegsbeschädigte in Österreich ist mit dem Namen der Kaiserin Maria Theresia verbunden. Sie erklärte als Staatsverantwortung, was bis dahin stets nur der Charakter eines Gnadenaktes getragen hatte, und genehmigte 1760 ein „General-Invalidenprivileg“, das für 6000 Kriegsbeschädigte Vorzüge treffen sollte. Die Gebühren (Renten) betragen zum Beispiel für einen Oberst 1200 Gulden, für einen Fähnrich 150 Gulden jährlich, für einen Gemeinen 4 bis 6 Kreuzer täglich. Offiziere und Mannschaften erhielten „Service und Brot“. Die Frauen und Kinder der „in der Aktivität“ verheirateten Invaliden erhielten gleichfalls Unterstützung in den Invalidenhäusern; verwaisene Kinder kamen in eine Militärwaisenanstalt oder in eine Fürsorgeanstalt bis zum 14. Lebensjahre.

Man kann also in der Geschichte der Kriegsbeschädigtenfürsorge drei Stadien, die verhältnismäßig rasch durchlaufen wurden, unterscheiden: das erste, da die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten einseitig und alle Maßnahmen nach dem Charakter eines Gnadenaktes haben; das zweite, da der Staat die Verpflichtung anerkennt, für die Kriegsbeschädigten zu sorgen, wobei ihm Menschenfreunde materiell beihilflich waren, die Not zu lindern, und endlich das dritte Stadium, da die Fürsorge ein Akt der Gesetzgebung geworden ist.

## Nah und Fern.

Keine ungültigen Reichsbanknoten. Vielfach ist bekanntlich das Gerücht verbreitet, daß von den 50 Marknoten der Reichsbank mit dem Datum „20. November 1918“ oder „30. November 1918“ bestimmte Serien und Nummern für ungültig erklärt worden seien. Es sind sogar Merkblätter gedruckt und verteilt worden, auf denen eine Reihe von Serien, die angeblich außer Kurs gesetzt sein sollen, aufgeführt ist. Wie man von zuständiger Seite hört, sind diese Gerüchte falsch, die Merkblätter also hinfällig. Bisher sind überhaupt noch keine Reichsbanknoten für ungültig erklärt worden, noch weniger aber bestimmte Reihen und Nummern. Dagegen besteht die Absicht, sämtliche Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. 10. 18 aufzurufen und einzuziehen. Eine Veröffentlichung steht bevor. Alle anderen Reichsbanknoten, also auch die zu 50 Mark der Ausgabe vom 30. 11. 18, sowie die Reichskassenscheine und Darlehenskassenscheine bleiben nach wie vor gültige Zahlungsmittel, deren Annahme nicht verweigert werden darf.

Wadenjens Haus als Parfümeriefabrik. Die Villa Wadenjens in Langfurh ist in den Besitz der Parfümeriefabrik W. Seeger u. Co., Aktiengesellschaft in Berlin, Wien und Warschau, übergegangen, die das Haus zur Parfümeriefabrik einrichten läßt. Der Umbau hat bereits begonnen.

Wo unser Kleingeld hinkommt, das können uns am besten die Schiffer verraten, die den Rhein von seiner Mündung durch ganz Deutschland hindurch bis nach Basel befahren. In Stragburg und in allen anderen elsässischen Gemeinden, wo die Rheinschiffer an Land gehen, um Lebensmittel für ihr Schiff einzukaufen, bekommt jeder Mann das deutsche Kleingeld zum alten vollen Wert oder

wenigstens eine Mark in Nickel zu einem Frank angerechnet, also zu 2,20 bis 2,30 Mark gegen unser Papiergeld. Da die Rheinschiffer auf diese Weise ein glänzendes Geschäft machen, sammeln jeder dieser Schiffer bei uns in Deutschland fleißig Nickelmünzen, um sie nach dem Oberrhein zu schaffen. Es kommt jetzt häufig vor, daß in den rheinischen Eisenbahnzügen die Schiffer die Passagiere um den Umtausch von Papiergeld gegen Nickelmünzen bitten. Noch glänzendere Geschäfte lassen sich mit Silbergeld machen, doch ist dieses schon schwerer zu bekommen.

Frost im Juli. Im Wittgensteiner Lande begannen die Hundstage mit regelrechtem Frost. In den Nächten sank auf den Höhenlagen die Temperatur unter den Nullpunkt. An ungeschützten Stellen sind Bohnen und Kartoffeln erfroren.

Postverkehr mit deutschen und polnischen Kriegsgefangenen. Für die in polnischen Händen befindlichen deutschen Kriegs- und bürgerlichen Gefangenen sowie die in deutschen Händen befindlichen polnischen Gefangenen wird Kriegsgefangenenpostverkehr unter den bekannten Bedingungen eingerichtet. Zugelassen sind: Offene gewöhnliche Briefe und Postkarten, Wertbriefe bis 600 Mark und gewöhnliche Postpakete bis 5 Kilogramm. Den Postverkehr zwischen Deutschland und Polen vermittelt die Postanstalt des Deutschen Roten Kreuzes in Döls (Schlesien). Weitere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Gefangenentransport im Flugzeug. In Amerika hat man eine neue Verwendung für das Flugzeug gefunden. Man benutzt es neuerdings als Transportmittel für Gefangene. Der erste Gefangene, der auf diese Weise befördert wurde, ist ein amerikanischer Soldat, der wegen Fahnenflucht verurteilt war.

Der direkte Postverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird in diesen Tagen eröffnet. Auf funktentelegraphischem Wege sind bereits der deutschen Großfunkstelle Rauen und der amerikanischen Funkstelle Weimar Verabredungen über die Funkentelegramm-Gebühren getroffen worden. Es sind für den amerikanischen Kontinent acht Zonen festgesetzt worden. Die Telegrammgebühr beträgt für die erste amerikanische Zone (Staat New York) pro Wort 3,50 Mark, für Brieftelegramme ein Siebtel des Betrages, das heißt 55 Pfennig. In der achten Zone kostet das Wort 7,50 Mark.

Die Vereinigten Staaten als zweite Seemacht. Vor mehreren Jahren prophezeite der bekannte englische Schriftsteller Conan Doyle, daß die Welt kommen werde, wo die anglo-keltische Macht ihren Mittelpunkt nicht in London, sondern in Chicago oder Toronto haben werde. Diese Prophezeiung scheint sich jetzt verwirklichen zu sollen. Infolge des Weltkrieges haben die Vereinigten Staaten als seefahrende Macht eine solche Bedeutung erlangt, daß sie in vielleicht nicht gar zu ferner Zeit selbst Englands Seegeltung bedrohen dürften. Aus einer kürzlich vom englischen Ministerium für Schifffahrtswesen veröffentlichten Tabelle über die in den Kriegsjahren von den kriegführenden Mächten erlittenen Schiffverluste geht hervor, daß England allein 2197 Handelschiffe mit einem Gesamtgewicht von 7638020 Tonnen durch den Unterseerrieg verloren hat. Die Vereinigten Staaten dagegen verloren nur 80 Handelschiffe mit einem Gewicht von 341512 Tonnen. Auf der anderen Seite sind die Vereinigten Staaten durch den Krieg in den Besitz einer weit größeren Zahl feindlicher Handelschiffe gekommen als irgendein anderes Land. Die größten und schönsten deutschen Handelschiffe befanden sich bekanntlich beim Ausbruch des Weltkrieges in den damals noch neutralen amerikanischen Häfen. So ist es gekommen, daß Amerika, das vor dem Kriege nur 1700000 Tonnen belast, jetzt über 6400000 Tonnen Handelschiffraum verfügt.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, 29. Juli 1919.

Zwei vorbestrafte, schwere Verbrecher, Dubasch und Nagel aus Wilsdruff, wurden durch die Findigkeit des Herrn Schugmann Kost verhaftet und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. Beide haben bei ihrer Vernehmung durch R. die gemeinsam unternommenen Einbrüche im Gasthof zu Sora, woselbst sie eine Ziege an Ort und Stelle abflachteten und mitnahmen und den Raminchendiebstahl in der Beesehnen Schneidemühle in Wilsdruff eingestanden.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat sich heute vormittag nach Weimar begeben, um dort an den Beratungen über das Reichssteuerprogramm teilzunehmen.

Der Stiftung Heimaldank ist Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie, deren Ziehung in der Zeit vom 24. bis 29. November 1919 stattfinden soll, erteilt worden.

Zur Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule macht sich zur Zeit auch in sozialdemokratischen Kreisen Sachsens eine immer stärkere Bewegung gegen die Beschlüsse der Volkskammer vom 11. Juni geltend. So wird aus dem Erzgebirge gemeldet, daß sich einzelne Schulvorstände einschließlich ihrer sozialdemokratischen Mitglieder einstimmig für Beibehaltung des Religionsunterrichts ausgesprochen haben. Auch in den Kreisen der Lehrerschaft beginnt sich der Gegensatz gegen den Beschluß der Dresdner Vertreterversammlung für Entfernung des Religionsunterrichts zu organisieren.

Die Bautätigkeit in Sachsen im Monat Juni 1919. (Mitteilung vom Statistischen Landesamt.) Im Monat Juni wurden in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 102 Baugenehmigungen (gegen 76 im Mai) erteilt und zwar in der Kreishauptmannschaft Bautzen 16, Chemnitz 25, Dresden 22, Leipzig 23 und Zwickau 16. Diese 102 Neubauten, von denen 98 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 409 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 79 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Aufbauten mit zusammen 206 Wohnungen erteilt, von denen 26 Not- und Behelfsbauten mit 97 Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden 3 Neubauten mit 19 Wohnungen. Durch ausgeführte Um-, An- oder Neubauten wurden 77 Wohnungen (darunter 51 in Not- und Behelfsbauten) gewonnen. An Gebäudeabgängen waren 8 Häuser, darunter 6 Wohnhäuser mit zusammen 16 Wohnungen, zu verzeichnen.

Maßnahmen der sächsischen Forstverwaltung zur Behebung der Brennholznot im kommenden Winter. Wenn hier und da behauptet wird, daß die sächsische Forstverwaltung gar keine oder nicht ausreichende Maßnahmen getroffen habe, um auch ihrerseits der leider für den kommenden Winter erneut, möglicherweise sogar noch ver-

führt zu befürchtenden Brennstoffnot nach Kräften vorzubeugen, so ist das eine Behauptung, die nicht den Tatsachen entspricht. Die sächsische Forstverwaltung hat es sich nach Einlegen der Kohlennot sofort angelegen sein lassen, Brennholz aus den sächsischen Staatsforsten in möglichst weitem, jedenfalls viel größerem Umfang als zu Friedenszeiten zur Verfügung zu stellen. Während in normalen Zeiten von 1 Hektar Holzboden 1 höchstens 1 1/2 Raummeter Brennholz gewonnen wurde, ist diese Menge schon seit langem auf 3,5 Raummeter und neuerdings durch Generalverordnung des Finanzministeriums vom 26. Juni dieses Jahres sogar auf 5-6 Raummeter erhöht worden. Schon der Einschlag von 3,5 Raummeter auf 1 Hektar Holzboden geht über die Grenze des mit einer geordneten Forstwirtschaft zu vereinigenen hinaus, und die neuerdings verfügte, so erhebliche Erhöhung des Einschlages von Brennholz wird nur dadurch möglich sein, daß zu einem großen Teile wertvolleres Nutzholz zu Brennholz mit eingeschlagen werden muß. Nutzholz ist in größerem Umfang mit zu Brennholz einschlagen, läßt sich nur im Falle der allerdringenden Not rechtfertigen, denn auch das Nutzholz ist zur Zeit außerordentlich knapp, und ganze Industrien würden zum Stillstand kommen, wenn die Forstverwaltung noch erheblich mehr Nutzholz zu Brennholz aufbereiten lassen müßte. Die fehlende Kohle ganz durch Holz aus den sächsischen Forsten zu ersetzen, ist überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit. Wie die Staatsforsten jetzt in erhöhtem Maße zur Brennstoffversorgung herangezogen werden, so sind auch entsprechende Anordnungen hinsichtlich der privaten Forsten ergangen. Diese sind jetzt gehalten, anstatt früher 1 Raummeter auf 3, dann 2 Hektar mindestens 1 Raummeter schon auf 1 Hektar Holzboden abzugeben. Für die größeren Waldungen ist sogar noch eine weitere Heranziehung dieser Mindestmenge vorgesehen. Wie sehr sich die sächsische Forstverwaltung der möglichsten Behebung der Brennstoffnot im kommenden Winter annimmt, geht insbesondere auch daraus hervor, daß sie schon jetzt die Revierverwaltungen angewiesen hat, Bestände auszuwählen, deren Holz im Falle dringender Not an brennholzbedürftige Gemeinden durch die Kreisauptmannschaften gegebenenfalls zur Selbstwerbung abgegeben werden können. Das Finanzministerium hält es entschieden für besser, den Einschlag von Brennholz auf diese Weise in der Hand zu behalten und nach seiner Wahl bestimmte Orte kahl zu schlagen, als sich einen großen Teil der Bestände durch Holzdiebe wahllos ausplündern und schädigen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt der Vorwurf des Wuchers, der der sächsischen Forstverwaltung hinsichtlich der Brennholzpreise auch neuerdings immer wieder gemacht wird, zurückgewiesen. Die jetzigen Brennholzpreise ab Wald betragen kaum das Doppelte der Friedenspreise, was in Berücksichtigung der Löhne, die jetzt die Forstverwaltung zahlen muß, als zu hohe Preissteigerung unmöglich angesehen werden kann.

**Freier Ferkelhandel?** Der Verein der sächsischen Ferkel- und Käuferhändler, E. V., veranstaltete am Montag im Gewerbehause eine Versammlung, zu der sich etwa 1000 Ferkelhändler, Landwirte und sonstige Interessenten eingefunden hatten. Wie unfer ebenfalls dort anwesender Vertreter berichtet, verlangen die beteiligten Kreise nach einem Vortrag des Geschäftsführers Carl Dresden und des Syndikus des Vereins, Justizrat Dr. Backofen-Dresden, in einer einstimmig angenommenen Entschließung dringend

die Abschaffung der Ankaufsbefreiung, welche zum Ankauf von Ferkeln und Käuferhändlern unter 25 kg Lebendgewicht berechtigen, und damit Befreiung des gemeindlichen Ferkelhandels von allen Beschränkungen im Interesse eines geordneten Handels und der gesamten Ernährungswirtschaft.

**Die Verbilligung der Auslandslebensmittel.** Die bereits seit längerer Zeit schwebenden Erörterungen und Erwägungen über einen Abbau des Preisniveaus haben bekanntlich dahin geführt, daß von Reichs wegen eine großzügige Maßnahme der Verbilligung der Lebensmittel auf drei Monate durchgeführt worden ist. Ein Erlass des Reichsernährungsministeriums vom 4. Juli d. J. enthält Richtlinien über die Preisbemessung beim Kleinverkauf. Er lautet wie folgt: Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisenkung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zu billigem Preise zur Verfügung gestellt wird. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenstellen der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt: Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, insoweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufspreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundsätze dringend empfohlen: Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 Mk. je kg; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen je kg 20 Pfg.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pfg. je kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 Mk. Bei Hülsenfrüchten: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 Mk. je kg; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen je kg 20 Pfg.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pfg. je kg, so ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 Mk. Bei Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,30 Mk. je kg; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Verteilungsstelle des Kleinhändlers zusammen 20 bis höchstens 25 Pfg.; Zuschlag für den Kleinhandel 14 bis höchstens 16 Pfg. je kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pfg. für Fleisch und Speck sind die gemäß den Richtlinien der Reichsstelle aufgestellten Kalkulationen zugrunde zu legen. Sie werden in der Regel ermöglichen, daß in kleineren und mittleren Städten das Fleisch, welches zu 7,50 Mk. je kg. abgegeben wird, zu 9 Mk. je kg in den Verbrauch abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Pökelfleisch hinzukommt, zu höchstens 9,50 Mk. je kg. — Bei Speck, welcher zu 6,80 je kg abgegeben wird, wird der Verkaufspreis im Kleinhandel überall mit 8 Mk. je kg ausreichend bemessen sein. Für Speisefett, welches zu 9 Mk. je kg abgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, welche durch die Reichsstelle für Speisefette (Verordnung vom 11. September 1918 und Ausführungsbestimmungen vom 20. September 1918 und 25. Oktober 1918) zulässig

sind. Kondensmilch, welche zu 1,50 Mk. je Büchse abgegeben wird, wird zu 1,80 in den Verbrauch gegeben werden können. Bei ausländischen Kartoffeln, bei welcher für alle Kartoffeln der Abgabepreis an den Kommunalverband 20 Pfg. je kg und für Frühkartoffeln 30 Pfg. je kg beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundsätzen zu berechnen, nach denen am 1. Juli diejenigen für Inlandskartoffeln berechnet wurden. Wo bisher Mißpreise für alte und neue Kartoffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten. Aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel dürfen bei den Kommunalverbänden und Gemeinden Uberschüsse nicht erzielt werden.

**Dresden.** Eine aufregende Szene hat sich am Freitag auf dem Kohlenbahnhof zugetragen. Dort war am Donnerstag der Gelegenheitsarbeiter F. aus Trachenberge beim Kohlendiebstahl erlappt worden. Am Freitag bekam ihn der Hilfswächter Franke zu Gesicht und stellte ihn. Dabei bedrohte er den Wächter mit Erstickern. Um dem Anschlag zu begegnen, machte der Hilfswächter von seiner Waffe Gebrauch und traf den 38jährigen Arbeiter tödlich in den Unterleib. Franke stellte sich sofort der Polizei

**Öffentliche Gemeinderatsitzung in Kesselsdorf**

am 24. Juli.  
Borf. Gem.-Borf. Jergang. Anwesend: 2 Gem.-Rat., 10 Gem.-Vertreter, 6 Zuhörer.

Von einer allgemeinen Verteilung von Rirschen wird abgesehen, da die Umfrage bei den Rirschenpächtern nur teilweise Erfolg hatte. Nur den Familien, die trotz Bemühens keine Rirschen erhalten haben, werden Anweisungen ausgestellt. Dem Antrage des Vorsitzenden, beim Pflanzpflanzvereinsverbande die Versicherung der Schneepflanzpflanz zu erreichen, wurde zugestimmt, ebenso wurden die Kosten (200-300 Mk.) für Anfertigung von 4 Plakaten von Kesselsdorf verworfen. Ablehnung mit Stimmenmehrheit fand der Antrag des Gem.-Borfr. Clement auf Aufhebung der Pflichtnachwachen, einem Zwischenantrag des Gem.-Borfr. Feinmann auf Befreiung der über 65 Jahre alten Angehörigen wurde stattgegeben. In die gegen den Willen der unanständigen Vertreter zu gründende Einwohnerversammlung sollen nur gebiente Leute und ungebiente über 20 Jahre alt aufgenommen werden. Nachdem die beiden Gemeinderäte ältesten eine Wiederwahl bestimmt abgelehnt hatten, wurden zu Gemeinderäten gewählt Gutsbesitzer Striegler und Bergarbeiter Jahn.

Auf eine Petition zur Errichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie Dresden-Wilsdruff wurde festgestellt, daß die Gemeinde jede Neuerung zur Verbesserung des Verkehrs wesenlich begrüßt, Mittel zur Unterstützung aber nicht bereit habe. Ein Baugesuch des Gutsbesitzers Häbald wurde zur Genehmigung befürwortet und die Auslastungsverteilung geregelt. Anträge des Gem.-Borfr. Otto Dreyse, die Pflichtnachwachen aufzuheben und eine Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung zu beschließen, gelangen in nächster Sitzung zur Beratung.

**Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten**

Verantwortl. Redakteur und Drucker: Arthur Jähne in Wilsdruff. Verantwortl. für die Schriftleitung: Oberlehrer I. K. Sörner. Für den Inseratenteil: Arthur Jähne beide in Wilsdruff.

Für die uns zu unserer Verlobung erwiesenen Ehrungen sagen wir hierdurch, zugleich im Namen unserer Eltern,  
**herzlichen Dank.**  
Wilsdruff u. Chemnitz, im Juli 1919.  
Milde Porsch  
Otto Barth.

**Tafelleim**  
auch kleine Posten, kauft zum Selbstverbrauch  
Fischer, Dresden, Wernerstraße 6. Fernspr. 19401.  
Muster und Preisangabe erwünscht. 6627

Jedes Quantum grüne und reife  
**Stachelbeeren**  
gelbe, rote, schwarze  
**Johannisbeeren**  
sowie **Kirschen**  
kauft  
Alfred Jäpel, Mohorn.  
Postkarte genügt.

**Junger Mann**  
15-17 Jahre, der mit Pferden umzugehen versteht, zum baldigen Antritt gesucht.  
Vorzustellen bei  
E. Malsch, Konservenfabrik  
Wilsdruff.

Junger, kräftiger  
**Bäderegele**  
gestügt auf gute Zeugnisse, an schnelles, saub., ordentl. Arbeiten gewöhnt und mit der Dienarbeit vertraut, sucht baldigst Stellung. Best. Angebote unter 5029 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Reis**  
wieder eingetroffen. 5045  
Pfund 3,50 Mark.  
**Alfred Pießsch**  
Einen Einspänner-Federtafelwagen mit Seitenbreitern, auch zum Möbelfahren pass., verkauft weg. Platzmangel ganz billig  
**Reinhold Lippmann,**  
Obergruna,  
Fernspr. Amt Rössen 138.

**Maurer**  
finden dauernde Beschäftigung bei  
**Baumeister**  
Fr. Emil Bertholdt  
Wilsdruff, Meißner Str.

**Schützenfest in Meissen**  
Sonntag den 3. bis Mittwoch den 6. Aug.  
Große  
**Volksbelustigung.**  
Schützenplatz. 5022

**Kirschen,**  
Dortortkirschen und schwarze Kirschen,  
ferner  
**Johannisbeeren,**  
rote und gelbe, und  
**Stachelbeeren**  
kaufen  
**Konsernenfabrik Wilsdruff.** 5042

**„Sängerkranz.“**  
Heute Mittwoch den 30. Juli  
**Wanderabend**  
beim Mitglied Ernst Horn (Lindenklöppchen).  
Die aktiven sowie passiven Mitglieder mit ihren werten Frauen werden dazu freundlichst eingeladen. Abmarsch punkt 8 Uhr vom Vereinslokal. 5022 D. V.

**Kondensierte**  
**Hollmilch mit Zucker**  
und  
**Magermilch m. Zucker**  
ohne Marken, ausgewogen.  
Drogerie Paul Aleich.

**Schluck**  
ist genehmigt als Glüh- und Erfrischungsgetränk, fruchtweihnäglich, Getränk, Himbeerlast-Erlass, Weigau für Griech- und Weispeisen. Wird außerdem a. unverdünnt verwendet zur Herstellung von Fruchtflor., Fruchtpuddings, Fruchtis, wodurch teilweise Zucker erspart wird. Eignet sich auch als Likör- u. Fruchtweinersatz, sow. als Säugungs- und Weispeisemittel für Weisbier usw. Nicht mit Saccharin, sond. mit einem and. Säugungsmittel hergestellt. Alleiniger Hersteller u. Erfinder **Oskar Jacharias,** Dresden-V. Telebdnstr. 19. — Zu haben bei **Paul Lauer, Wilsdruff.** Bitte verlangen Sie denselb. in einschlägigen Geschäften.

**Grumbach. Lebensmittelverteilung.**  
Mittwoch den 30. Juli vormittags bei Frau Breußert  
**Kunstspeisefett** gegen Abchnitt G der Landesliste. 100 Gramm auf den Kopf für 1,08 Mk.  
Auf Grund der Kundenliste  
**Marmelade,** 335 Gramm auf den Kopf. Pfundpreis 1,30 Mk.  
**Kunsthonig,** 1/2 Pfund auf den Kopf. Pfundpreis 80 Pfg.  
**Auslandomehl,** 240 Gramm auf den Kopf. Pfundpreis 91 Pfg.  
**Graupen,** 240 Gramm auf den Kopf. Pfundpreis 44 Pfg.  
**Rudeln,** 240 Gramm auf den Kopf. Pfundpreis 60 Pfg.  
Grumbach, am 29. Juli 1919.  
Der Gemeindevorstand.

**Roggenstroh**  
verkauft 5022  
**Raumann, Lampersdorf.**

**Drei starke Gänse,**  
diese Woche das zweite Mal flügge, stehen zum Verkauf  
Lampersdorf Nr. 6.

**Hausbursche**  
14 bis 15 Jahre, gesucht.  
**Gasthof zur Krone,**  
Kesselsdorf.

**14jährig. Mädchen**  
sucht Stellung, mögl. auf einem gr. Gut in der Nähe. Angeb. unter 5035 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Korsetts nach Maß**  
bei zugegebenen Stoffen fertigt billigst an  
**Frau Olga Franke,**  
Wilsdruff, Markt 10.

**Junge Möhren ohne Kraut**  
der Zentner 15 Mark,  
**Weißkraut**  
der Zentner 20 Mark,  
verkauft in größeren und kleineren Quanten  
**Alfred Jäpel, Mohorn**  
Landesprodukte. 5022

Gebrauchte  
**Schuhmachermaschine**  
zu verkaufen.  
Kesselsdorf Nr. 6

Gesucht eine tragende  
**Zuchtsau.**  
Rittergut Weistropf

**Kleine Anzeigen**  
aller Art finden in Wilsdruffer Tageblatt große zweckentsprechende Verbreitung und haben